Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 40 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 17. Februar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Sahm-Ausschuß zur Wiederwahl Hindenburgs hat seine Arbeiten beendet.

* Der preußische Handelsminister hat sich mit der Abhaltung von Wertpapierbörsen ohne amtliche Kursfestsetzung einverstanden erklärt.

* Das französische Kabinett Laval ist im Senat gestürzt worden.

Wahlsorgen in Frankreich.

In der Französischen Deputiertenkammer wie überhaupt in der Innenpolitik Frankreichs, wo man sich zurzeit ebensowenig um die Abrüstungskonferenz wie um die Reparations- und Schuldenfrage oder den Fernen Osten kümmert, hat man sich etwas geleistet, was für die Geschichte des Parlamentarismus entschieden von recht einzigartiger Originalität ist: man hat ein Wahlreformgesetz angenommen. Das wäre ja an sich nichts Besonderes, wenn nicht erstens diese Reform kurz vor den Neuwahlen durchgeführt werden soll und wenn nicht zweitens diese Reform ganz außerordentlich radikal wäre. Gerade die Nähe der Wahlen pflegt aber die „messieurs les députés", die Herren Abgeordneten, in Frankreich gerade so „nervös" zu machen, wie das auch in andern Länder bei den Parlamentsmitgliedern der Fall sein soll! Denn jeder — oder die meisten — hat dann nur die Sorge, ob und wie er wieder gewählt wird.

Daher ist die „Einstellung" auf die Neuwahlen in Frankreich von Tag zu Tag mehr das Entscheidende für Parlament und Regierung geworden: in der Kammer ist es schon deswegen, also aus Gründen der „allgemeinen Nervosität" zu einem erheblichen Krach und zum Auszug der Opposition gekommen, und nicht etwa bloß wegen der radikalen Reformvorschläge des Gesetzentwurfs. Zunächst gewährt dieser den Frauen das Wahlrecht, was nach einer 22stündigen Sitzung ganz zum Schluß noch in aller Eile angenommen wurde.

Viel wichtiger für die kommenden Neuwahlen ist aber eine andere Bestimmung der Reform — und das führte eigentlich zum Krach —, daß künftig die Stichwahl abgeschafft, also nur ein Wahlgang erfolgen soll. Zum Deputierten ist gewählt, wer in dem „Ein-Mann-Wahlkreis" die meisten Stimmen hat. Diese Abschaffung der Stichwahl richtet sich nun eindeutig gegen die jetzige Opposition, also gegen die beiden großen Parteien der Radikalsozialen und der Sozialisten, die weniger außen-, wohl aber innenpolitisch die von der Rechten und der rechten Mitte gestützte Regierung Laval-Tardieu scharf bekämpfen. Bisher haben jene beiden Parteien immer im ersten Wahlgang gesonderte Kandidaten aufgestellt, während sich die verschiedenen Parteien der Rechten in der Regel gleich auf einen einzigen Kandidaten einigten. Für den zweiten Wahlgang stellten dann allerdings auch jene beiden Linksparteien zusammen nur einen Kandidaten auf mit Hilfe des bestehenden Wahlkartells, das diese maßgebenden Oppositionsparteien umfaßte und natürlich der Rechten ein Dorn im Auge ist. Allerdings hat Herriot, der Führer der Radikalsozialisten, angekündigt, man werde durch die Abschaffung der Stichwahl jenes Wahlkartell nicht sprengen, sondern dieses nur gleich schon für den ersten Wahlgang entstehen lassen.

Für uns Deutsche könnten diese inneren Auseinandersetzungen in Frankreich gleichgültig sein, wenn nicht gerade diese Reform wieder einen Versuch darstellen würde, die jetzige Stärke der Rechtsmehrheit Lavals über die Neuwahlen hinüberzuretten. Denn diese Mehrheit hat Angst davor, durch die Wahlen zur Minderheit gemacht zu werden. Und um das zu verhüten, um eine zugkräftige Wahlparole zu bekommen, hat sich die Mehrheit mit der Regierung Laval dahin geeinigt, die französischen Wahlen hinter den Termin zu legen, auf den die — preußischen Landtagswahlen fallen werden. Denn bei den Preußenwahlen erwartet man in Frankreich eine erhebliche Stärkung der Rechtsopposition und dann will die Rechte in Frankreich mit der anwachsenden „deutschen Gefahr" auf Wählerfang gehen.

Lavals Regierung hat sich nun — gegen jeden bisherigen Gebrauch — sehr scharf für die Wahlreform eingesetzt, was also nun zunächst dazu führte, daß die Linke in der Deputiertenkammer parlamentarisch überhaupt nicht mehr mitarbeitet. Vor allem hat aber jetzt der Senat ein Wörtlein mitzusprechen begonnen — und dort ist die den Radikalsozialen nahestehende „Demokratische, radikale und radikalsozialistische Linke" die weitaus stärkste Fraktion. Von ihr ist z. B. 1930 das Ministerium Tardieu gestürzt worden, der den würdigen Herren des Senats stark auf die Nerven ging. Dort ist man überhaupt nicht sehr für das allzu Radikale — trotz des übertrieben „radikal" klingenden Fraktionsnamens! Man ist mehr für Tradition. Und die Interpellation über die allgemeine Regierungspolitik im Senat wird so ernst genommen, daß übereifrige Propheten schon von einem Sturze Lavals reden. Ein Sturz Lavals würde aber voraussichtlich ein „senatorisches" Zwischenkabinett herbeiführen, dessen Hauptaufgabe wohl nur die baldige Auflösung der Deputiertenkammer zwecks Neuwahlen wäre. Gerade dies aber ist es, was für uns Deutsche von erheblicher Bedeutung ist.

Laval ebenso wie Tardieu haben also heute größere Sorgen als die um Genf und die dortige Abrüstungskonferenz. Wir übrigens auch!

Kabinett Laval gestürzt

Regierungskrise in Frankreich.

Laval im Senat unterlegen.

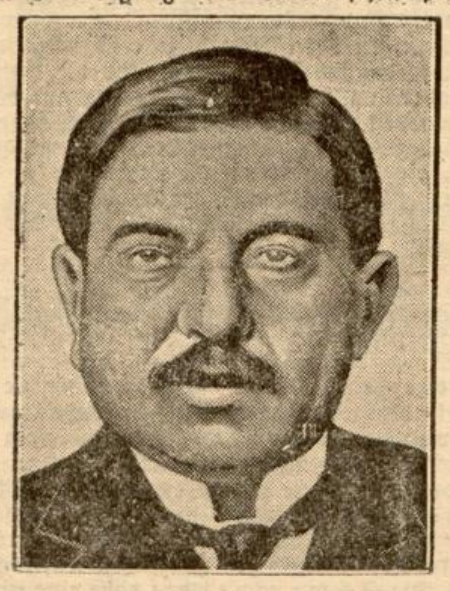
Die Regierung Laval ist im Senat mit 157 gegen 134 Stimmen gestürzt worden.

Der Sturz des Kabinetts Laval kommt für die Öffentlichkeit nicht ganz überraschend. Schon seit Tagen war die Stimmung gegen das Kabinett Laval im Französischen Senat stark feindlich eingestellt. Man machte in Senatskreisen das Kabinett Laval vor allen Dingen verantwortlich für die von der Kammer vor einigen Tagen beschlossene Wahlreform, die den Frauen das schon so oft in Vorschlag gebrachte Wahlrecht gab und die Stichwahlen in Frankreich abschaffte. Mit diesen beiden Punkten konnte sich der Senat nicht befreunden.

Hinzu kam, daß auch die von der Regierung Laval betriebene Finanzpolitik, besonders aber die leichtfertige Vergebung von „politischen" Anleihen an auswärtige Mächte und kleinere Finanzinstitute in Frankreich den Unwillen des Senats erregte.

Ministerpräsident Laval hat selbst gewußt, daß seine Stellung in den letzten Tagen außerordentlich erschüttert ist. Er hat deshalb durch persönliche Fühlungnahme mit den Senatoren der Radikalen Linken, auf deren Seite besonders seine Gegner sitzen, versucht, diese seine Stellung zu verbessern. Er hat sich sogar zu dem Entgegenkommen bereiterklärt, auf die ganze Wahlreform zu verzichten, wenn der Senat von der Abstimmung über das vom Senator Peyronnet eingebrachte Mißtrauensvotum absehen oder aber die Interpellationsdebatte wenigstens verschieben würde.

In Regierungskreisen hat man gegen die von der Senatslinken gegen das Kabinett Laval betriebene Politik vor allen Dingen mit außenpolitischen Argumenten gearbeitet. Man hat darauf hingewiesen, daß ein Sturz des Kabinetts Laval unübersehbare Folgen für die in Genf von Frankreich betriebene Abrüstungspolitik haben könnte. Man hat auch damit gedroht, daß bei einem Sturz der Regierung Laval Frankreichs Bevollmächtigter in Genf, Kriegsminister Tardieu, sich sofort mit Laval solidarisch erklärten würde und Genf verlassen würde. Frankreichs Vorsprung, den es mit der überraschenden Eindringung des Tardieuschen Planes zur Schaffung einer Völkerbundarmee errungen hat, wurde damit verloren gehen.



Wie man sieht, haben auch diese außenpolitischen Drohungen auf den Senat keinen Eindruck machen können.

Man wird natürlich abwarten müssen, welche außenpolitischen Folgen der Sturz des Kabinetts Laval nach sich bringen wird. Wesentlich hierfür wird natürlich sein, wer zum Nachfolger Lavals von dem Präsidenten der Republik ernannt werden wird. Schon jetzt kann darauf hingewiesen werden, daß es auch für den neuen Ministerpräsidenten sehr schwer sein wird, eine Politik zu führen, die sowohl von der Kammer wie vom Senat gutgeheißen wird; denn bei der verschiedenen Zusammensetzung dieser beiden parlamentarischen Körperschaften gehen die politischen Ansichten stark auseinander.

Der Sturz des Kabinetts Laval.

Der Sturz der Regierung Laval erfolgte im Senat bei der Abstimmung über den Antrag des Ministerpräsidenten, die allgemeine politische Aussprache um eine Woche zu vertagen. Dabei wurde dem Kabinett mit 157 gegen 134 Stimmen das Vertrauen entzogen.

Bei dem ersten Antrag auf Vertagung der Aussprache bis zum Ende der Genfer Konferenz hatte Laval die Vertrauensfrage nicht gestellt. Als sich bei der ersten Abstimmung eine Mehrheit von 21 Stimmen gegen die Regierung ergab, veränderte Laval den Antrag, indem er eine Vertagung bis zum 19. Februar verlangte und dabei die Vertrauensfrage stellte. Dabei wurde dann die Regierung gestürzt.

Der Präsident der Republik, Doumer, der ursprünglich geneigt war, das Kabinett aus außenpolitischen Gründen — so besonders im Hinblick auf Genf — zu halten, mußte sich den Tatsachen beugen. Die parlamentarische Arbeit ist unterbrochen. In der Kammer geschlagen und in höchste Gefahr gebracht, hat die Linke die Kabinettskrise zur Zerschlagung der Wahlreformvorlage heraufbeschworen.

Eine Regierung Herriot scheint vollkommen ausgeschlossen, da die Kammer kein radikalsozialistisches Regiment dulden würde. Es bleibt die Möglichkeit eines Geschäftskabinetts aus Senatoren — etwa unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Barthout oder ein Kabinett Tardieu. Ferner spricht man auch von einem Kabinett Tardieu—Paul-Boncour.

Zum Sturz Lavals.

Die Kammermehrheit gegen den Senat.

150 Abgeordnete der verschiedenen Gruppen der Kammermehrheit sind nach der Senatsabstimmung zusammengetreten, um ihrer Ueberraschung über den Sturz Lavals Ausdruck zu geben. In einer Entschließung heißt es, daß diese Ueberraschung um so größer sei, als der Senat das Kabinett lediglich über die Frage des Zeitpunktes einer Aussprache gestürzt habe und dies in einem Augenblick, wo die französischen Interessen in Genf auf dem Spiel ständen und wo die Regierung konkrete Vorschläge für die Organisierung des Friedens unterbreitet habe. Die bisherige Mehrheit sei daher entschlossen, ihr Vertrauen nur einer solchen Regierung zu schenken, die sich von der Politik der nationalen Einigung leiten lasse, so wie sie die Mehrheit in der Kammer unter den Kabinetten Poincaré, Tardieu und Laval stets vertreten habe.

Kurze politische Nachrichten.

In Berlin fand eine erneute Besprechung des Präsidenten des Deutschen Gastwirteverbandes, Reichstagsabgeordneten Köster, und des Führers der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, Mollath, beim Reichskanzler statt. Wie mitgeteilt wird, beschäftigt sich der Reichskanzler auf das ernsthafteste mit der Frage einer Senkung der Biersteuer und der Herabsetzung des Bierpreises. Er versucht eine restlose Lösung der gesamten Getränkesteuerfragen damit zu verbinden.

*

In Darmstadt trat der Hessische Landtag zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Der Fraktionsvorsitzende der NSDAP., Abgeordneter Lenz, verlas eine Erklärung seiner Fraktion zu dem Revolveranschlag auf den nationalsozialistischen Abgeordneten Butler. Als hierauf Staatspräsident Adelung das Wort ergriff, wurde er fortgesetzt von den Nationalsozialisten durch Zwischenrufe unterbrochen. Der Tumult steigerte sich schließlich derart, daß der Staatspräsident es vorzog, seine Rede abzubrechen.

*

Im Münchener Rathaus kam es vormittags zu einem Zwischenfall. Die Nationalsozialisten vollzogen ihren Auszug aus dem Stadtrat. Ihr Fraktionsführer Esser gab eine Erklärung ab, daß die Nationalsozialisten an den weiteren Beratungen des Stadtrats nicht mehr teilnehmen würden, solange die Geschäftsführung von Oberbürgermeister Dr. Scharnagl so gehandhabt werde, daß das Ergebnis der Abstimmung ins Gegenteil verkehrt werde. Der Oberbürgermeister erklärte, daß es sich um eine irrtümliche Auffassung der Nationalsozialisten über einen Vorgang bei einer Abstimmung handele.

*

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat 415 Millionen Rubel für die Meliorationsarbeiten in der Sowjetunion bewilligt. Die Arbeiten sollen im Jahre 1932 ohne Hilfe des Auslandes durchgeführt werden.

Die preußischen Sparverordnungen.

(274. Sitzung.) tt. Berlin, 16. Februar.

Ein kommunistischer Antrag, durch den die preußische Regierung im Landtag aufgefordert werden soll, das neuerliche Verbot der Roten Fahne unverzüglich wieder aufzuheben, kann wegen Widerspruchs durch die Sozialdemokraten nicht beraten werden.

Ein deutschnationaler Antrag, der die Einwirkung der preußischen Regierung auf die Reichsregierung fordert, alle nur möglichen

Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung

anzuordnen und dabei gegebenenfalls auch Repressivmittel nicht zu scheuen, wird ohne Aussprache dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Ein Regierungsvertreter teilt sodann mit, daß das Staatsministerium beschlossen habe, am 21. Februar, dem Volkstrauertag, die öffentlichen Gebäude in Preußen halbmast flaggen zu lassen.

Das Haus beginnt hierauf die

Beratung der zu den preußischen Sparverordnungen

eingebrachten Anträge, die inzwischen den Hauptausschuß beschäftigt haben. Für die Regierung nimmt Finanzminister Klepper an den Verhandlungen teil. Die einzelnen Sachgebiete werden, jedes für sich, nacheinander getrennt beraten.

Zum allgemeinen Abschnitt, der den Sachgebieten vorangestellt ist, berichtet Abg. Dr. v. Winterfeld (Dtn.) über die

Rund um den Reichstag

Der Reichstag im Februar.

Der Reichstag, der am Dienstag, den 23. Februar, zu einer Frühjahrstagung zusammentritt, wird, wenn es nach den Wünschen der Reichsregierung geht, zunächst etwa nur acht Tage zusammenbleiben, um die Termine für die Reichspräsidentenwahl (1. und 2. Wahlgang) festzulegen und in einer großen politischen Aussprache zu den Tagesfragen der äußeren und inneren Politik Stellung zu nehmen. Den Abschluß dieser politischen Erörterungen, die vom Reichskanzler eingeleitet werden sollen, werden dann die Abstimmungen über die zu erwartenden Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett bilden. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, diese entscheidenden Abstimmungen etwa am 2. oder 3. März stattfinden werden. Der Reichstag will sich dann auf etwa vierzehn Tage vertagen, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich an den Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl zu beteiligen. Da das Osterfest diesmal ungewöhnlich früh fällt, nämlich auf den 27. März, ist es fraglich, ob der Reichstag nach den Februarsitzungen noch eine längere Tagung vor Ostern abhalten wird. Wahrscheinlich ist, daß er erst nach Ostern in den ersten Tagen des Aprils sich wieder versammeln wird, um dann in einer längeren Tagung von einigen Wochen das umfangreiche Material aufzuarbeiten, das inzwischen in den Ausschüssen erledigt worden ist. Es wird sich dann zeigen, daß die meisten Beschlüsse der Ausschüsse nicht aufrechtzuerhalten sein werden, da wegen der Nichtbeteiligung großer Parteien an den Ausschußarbeiten dort Mehrheiten entstanden sind, die in den Vollsitzungen nicht vorhanden sind. Die Frage einer parlamentarischen Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes für 1932 ist noch völlig ungeklärt. Bis zum 30. Juni d. J. ist der Haushaltsplan bekanntlich durch Notverordnung festgelegt worden.

Überflüssige Ausgaben bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung.

In dem Bemühen, die Ausgaben jeder Reichsbehörde mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage auf ein Mindestmaß herabzudrücken, hat sich der Rechnungshof des Deutschen Reiches auch zu einer Beanstandung bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung veranlaßt gesehen. Er stellt in seiner letzten Denkschrift an den Reichstag fest, daß einige neue Bauten mit zu großem Aufwand errichtet und ausgestattet worden sind, und betont, daß mehr als bisher darauf geachtet werden müsse, den Zweck, dem die Neubauten zu dienen haben, mit den einfachsten Mitteln zu erreichen. Es kann sich hierbei nur noch um solche Neubauten handeln, die vor der Notverordnung vom Oktober 1931 begonnen worden sind; seitdem ist bekanntlich die Inangriffnahme von Neubauten für Verwaltungszwecke bis Ende März 1934 untersagt, und Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Reichsregierung. Der Rechnungshof weist — wie schon häufig bei früheren Gelegenheiten — nachdrücklich darauf hin, daß eine Herabsetzung der Ausgaben durch Ausbau verfügbarer, reichseigener oder durch Ankauf und Umbau geeigneter leerstehender Privatgebäude sehr wohl zu erreichen ist. Es müssen sich eben, so erklärt er, in der heutigen schweren Zeit sämtliche öffentlichen Dienststellen in ihren Unterkunftsansprüchen bescheiden und auch mit Unterkünften zufriedengeben, die nicht alle unter anderen Zeitverhältnissen berechtigten dienstlichen und persönlichen Wünsche befriedigen. Wenn sich die Ausgaben der Verwaltung der Reichsanstalt für eine Einrichtung im allgemeinen auch in den zulässigen Grenzen halten, so bestand doch Anlaß zu der Bemerkung, daß vereinzelt, besonders bei der Ausstattung von Referentenzimmern, Sitzungssälen usw. größere Sparsamkeit hätte obwalten können. Ferner vertritt der Rechnungshof die Auffassung, daß sich gewisse Ersparnisse für die Anstalt noch erzielen lassen werden, wenn die Sitzungen und Tagungen mit den Verwaltungsausschüssen auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt sind; es müsse möglichst auch vermieden werden, die Sitzungen außerhalb des Sitzes des Arbeitsamtes abzuhalten, weil sonst regelmäßig noch besondere Reisekosten für die Sitzungsteilnehmer zu bezahlen sind. Auch eine zu weitgehende Benutzung von Dienstkraftwagen zu Privatzwecken ist festgestellt worden, so daß der Rechnungshof die Frage aufgeworfen hat, ob der Dienstkraftwagen nicht in einzelnen Stellen entbehrlich ist. Weitere Beanstandungen beziehen sich auf das Beschaffungswesen. Es ist sicher zu erwarten, daß gerade die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, deren Endzweck ja in der Milderung der Not des Arbeitslosenheeres besteht, den Anregungen des Rechnungshofes Rechnung trägt, soweit das nicht bereits geschehen ist.

Braugewerbe, Bierpreissenkung und Bierstreik.

Aus Kreisen des deutschen Braugewerbes wird im Hinblick auf die jüngste Entwicklung im Gastwirtsgewerbe, insonderheit auf den Hamburger Bierstreik, betont, daß die vom Reichskommissar für Preisüberwachung verordnete Senkung des Bierpreises sowohl für die Brauereien als auch für die Gastwirte eine untragbare Belastung bedeute. Der Reichsfinanzminister habe, so wird erklärt, im vergangenen Jahre einer erheblichen Senkung der Biersteuer zugestimmt; daran sollte sich dann eine entsprechende Bierpreissenkung anschließen. Damit sei das Braugewerbe einverstanden gewesen. Bisher sei aber noch keine Biersteuersenkung erfolgt. Der in Hamburg ausgebrochene Bierstreik bedeute — wirtschaftlich gesehen — eigentlich nichts anderes als die Erklärung der Gastwirte: „Ihr zwingt uns von vornherein dazu, eine unrentable Wirtschaft zu führen. Das können wir nicht!" Politisch wird nun, so erklärt man weiter, der Streik natürlich stark ausgebeutet; es handle sich um eine Art Probemanöver. Daß der Bierstreik ewig dauern werde, sei freilich nicht anzunehmen. Wie ferner mitgeteilt wird, werden in diesen Tagen in der Reichskanzlei auch Besprechungen mit Vertretern des Brauereigewerbes stattfinden.

Der kommende Preußische Landtag.

Wieviel Mitglieder wird er haben?

Der kommende Preußische Landtag wird nicht nur hinsichtlich der parteimäßigen Zusammensetzung ein wesentlich anderes Bild aufweisen wie das jetzt seiner Auflösung entgegengehende Preußenparlament. Bekanntlich hat die preußische Regierung durch Notverordnung vom 12. September v. J. die für ein Abgeordnetenmandat erforderliche Stimmenzahl von bisher 40 000 auf 60 000 erhöht. Das würde eine Verringerung der preußischen Mandate bei gleichbleibender Wahlbeteiligung (76,4 Prozent bei der letzten Preußenwahl am 21. Mai 1928) von 450 im jetzigen Preußischen Landtag auf etwa 300 im neu zu wählenden zur Folge haben. Wie die Dinge zurzeit liegen, scheint es aber kaum bei der durch Notverordnung erfolgten Hinaufsetzung des Wahlquotienten auf 60 000 zu bleiben. In Kreisen der preußischen Regierungsparteien wird, wie man hört, die hieraus sich ergebende außerordentlich starke Verminderung der Abgeordnetenmandate als zu weitgehend empfunden, eine Empfindung, die auch von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien in seltener Einmütigkeit geteilt werden soll. Es sollen daher Bestrebungen im Gange sein, die auf eine Festlegung des Wahlquotienten auf 50 000 abzielen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß, wenn der Landtag sich geschlossen für diese Bestrebungen einsetzt, die Regierung dem Wunsche der Parteien nachgeben wird. Gegenstand einer Kabinettssitzung ist die Angelegenheit, wie an zuständiger Stelle erklärt wird, jedoch bisher noch nicht gewesen. Demnach ist für den kommenden Landtag nicht mehr mit der ursprünglich erwarteten radikalen ziffernmäßigen Verkleinerung auf 300 Abgeordnete zu rechnen, sondern es werden in das neue Preußenparlament etwa 375 Abgeordnete einziehen. Bei ganz besonders starker Wahlbeteiligung ist sogar mit einer noch höheren Abgeordnetenzahl zu rechnen. Unabhängig von den hier erwähnten Bestrebungen hat die Deutsche Fraktion (Landvolkpartei, Deutschhannoversche Partei und Volksrechtpartei) im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Zahl der preußischen Mandate auf 400 festsetzen will.

Die Kandidatur Hindenburgs

Der Sahm-Ausschuß bei Hindenburg.

Eine Erklärung des Reichspräsidenten.

Der vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm am 1. Februar gebildete Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl Hindenburgs hatte am Dienstag mittag eine Delegation zu Hindenburg geschickt und ihn bitten lassen, die Kandidatur anzunehmen. Der Delegation gehörten an, außer Dr. Sahm, der ehemalige Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, für den bayerischen Landesausschuß Regierungspräsident a. D. von Winterstein und Oberst von Seißer, für den württembergischen Landesausschuß Dr. Robert Bosch und General von Maur und für den sächsischen Landesausschuß Reichsminister a. D. Oberbürgermeister Dr. Külz. Oberbürgermeister Dr. Sahm wies in seiner Ansprache auf die drei Millionen Einzeichnungen in den Listen des Ausschusses hin und schloß mit der Bitte, die Kandidatur anzunehmen.

Die Zustimmungserklärung des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg dankte den Herren für ihre Erklärung und führte dann wörtlich aus:

„Wie ich in meiner öffentlichen Erklärung bekundet habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handele hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht. Sie, meine Herren, stehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessentengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert. Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird, und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: Dem Vaterlande!"

Vor Vertretern der Presse betonte Oberbürgermeister Sahm, daß der Ausschuß seine Arbeit nun abschließe. Die Auflegung der Listen habe nicht den Zweck gehabt, eine Probeabstimmung zu veranstalten. Von dem Ergebnis seiner Arbeit sei der Ausschuß voll befriedigt.

Die Stellung der Offiziersverbände.

Die Verbände ehemaliger Offiziere nehmen ebenfalls zur Kandidatur Hindenburgs Stellung. Der Deutsche Offiziersbund (DOB.) sagt in seiner Erklärung, in der Frage der kommenden Präsidentenwahl seien parteipraktische Erwägungen und Gegensätze in den Vordergrund getreten, deshalb müsse der Bund seinen Mitgliedern die freie Entschließung überlassen. Der Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO.) betont, daß es jetzt allein darauf ankomme, dem aus dem November 1918 hervorgegangenen System ein Ende zu bereiten. Der Nationalverband betrachte sich als Teil der Harzburger Front und erwarte von seinen Mitgliedern, daß sie sich bei der Präsidentenwahl bedingungslos in diese Front eingliedern.

Um die Einbürgerung Hitlers.

Die thüringische Regierung über Fricks Plan.

Im Thüringischen Landtag kam der Versuch des früheren Ministers Dr. Frick, Adolf Hitler durch Anstellung im thüringischen Staatsdienst einzubürgern, zur Sprache. Minister Dr. Käftner erklärte wiederum, daß die Regierung in dem Vorgehen Fricks, das formell nicht ungesetzlich gewesen wäre, eine illoyale Handlung gegenüber den übrigen Mitgliedern des Kabinetts und einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Staatsministeriums hätte erblicken müssen. Die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen die beiden Beamten, die seinerzeit der Regierung von den Einbürgerungsabsichten Fricks Kenntnis gaben, lehnte die Regierung ab, da keinerlei Anlaß dazu vorliege.

Das Ausland zu Hindenburgs Kandidatur.

Im Ausland wird der Kampf um die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Tatsache, daß Hindenburg wieder kandidiert, wird in der Auslandspresse sehr stark beachtet und eingehend besprochen.

Was sagt Paris?

Das Pariser Blatt „Petit Journal" meint, es sei Hindenburg durch seine Vornehmheit und Verfassungstreue gelungen, dem Auslande Vertrauen einzuflößen. So lange er am Ruder bleibe, sei ein Bürgerkrieg ziemlich ausgeschlossen. Frankreich habe jedoch von seiner Kandidatur keine Besserung der Beziehungen zu erwarten. Die neue Gefolgschaft des Reichspräsidenten werde sich zum Teil aus Kreisen zusammensetzen, die Hindenburg in seinem Innern verachte. Zu seinen Gegnern gehören diejenigen Kreise, denen Hindenburg selbst innerlich nahe stehe. Das Blatt „Journal" ist der Auffassung, daß am Wahltag sehr viele Sozialisten nicht für Hindenburg, sondern für den kommunistischen Kandidaten stimmen werden. Das sozialistische Blatt „Oeuvre" stellt in seinen Betrachtungen die Frage: „Wird Deutschland endlich jetzt nach 14jährigem Schwanken auf die Stimme des republikanischen Gewissens hören? Der „Figaro" schreibt, man könne schon heute sagen, daß der Beschluß Hindenburgs, zu kandidieren, allen Versuchen der Rechtsparteien, Hindenburg von der Person Dr. Brünings zu trennen, ein Ende mache. Hindenburgs Beschluß habe die Stellung der Regierung Brüning stark gefestigt.

In London.

Die englische Presse begrüßt den Entschluß Hindenburgs, sich wieder zur Wahl zu stellen. Die „Times" bezeichnet den Entschluß als ein Glück für Deutschland und für Europa. Der „Daily Telegraph" rechnet damit, daß Hindenburg im zweiten Wahlgang mit Sicherheit gewählt werde. Die „Morningpost" schreibt, Hindenburg sei für die deutsche Politik beinahe unentbehrlich geworden, und das Blatt „Daily News" bezeichnet Hindenburg als den eisernen Anker des deutschen Reiches. Das liberale englische Blatt „News Chronicle" freut sich besonders darüber, daß durch den Entschluß Hindenburgs der Reichskanzler Dr. Brüning in seinem Amt verbleibe.

Stimmen aus Amerika.

Das Newyorker Blatt „Herald Tribune" sagt zur Kandidatur Hindenburgs, der politische Wirbel in Deutschland werde dadurch nur zum Teil geklärt, denn die Präsidentenwahl sei nur ein einziger Punkt in dem politischen Spiel. Die Erhaltung des Kabinetts Brüning sei möglich, aber doch nicht ganz sicher. Immerhin sei durch die Kandidatur Hindenburgs der Sieg eines nationalsozialistischen Kandidaten unwahrscheinlich geworden. Das große Blatt „New York Times" sieht in Hindenburgs Kandidatur eine Stellungnahme gegen Hitler. Es sei unwahrscheinlich, daß Hindenburgs Name seine Bedeutung ganz verliere. Die Erklärungen Hugenbergs und der Nationalsozialisten werden zusammen mit dem Aufruf Hindenburgs in der Newyorker Presse gebracht.

Die Gefahren des Gas- und Luftkrieges.

Die schutzlose Zivilbevölkerung.

Über den Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren eines Luft- und Gaskrieges hat der Sachverständigenausschuß des Internationalen Roten Kreuzes getagt. Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, der Mitglied dieses Ausschusses gewesen ist, machte in einem Kreise von Luftfahrern und solchen, die an dem Thema interessiert sind, eine Reihe von Äußerungen, in denen er einige Fragen aus dem Gesamtgebiet streifte. Der Ausschuß war der Meinung, daß die bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren des Luft- und Gaskrieges keinen genügenden Schutz mehr gewähren. Das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925, das ganz allgemein den Gebrauch von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen verbietet, ist zwar von zwanzig Staaten ratifiziert. Es sind aber mindestens ebensoviel Staaten, die es nicht angenommen haben und auch diejenigen Staaten, die es angenommen haben, haben es großenteils nur mit starken Vorbehalten angenommen. Es wäre also von allen Staaten vorbehaltlos anzunehmen. Hinsichtlich des Luftkrieges bestehen die Bestimmungen der Haager Konvention von 1899 und 1907. Sie genügen aber nicht mehr, da sie zu einem Zeitpunkt aufgestellt wurden, wo die Luftwaffe noch so gut wie unentwickelt war. Der Sachverständigenausschuß hat festgestellt, daß die Verwendung der Luftwaffe lediglich zum Zweck der Terrorisierung der Zivilbevölkerung gegen das Völkerrecht verstößt. Man ist ferner dahin übereingekommen, daß Luftbombardements nur gegen militärische Ziele gerichtet werden sollten. Da, wo Verkehrslinien, Verkehrsmittel usw. als Ziele militärischer Art anzusehen sind, soll sich der militärische Charakter nur auf die Gegenstände selbst, nicht aber auf die dabei beschäftigte Zivilbevölkerung beziehen. Die Aufstellung einer Liste der militärischen Ziele, die sich die feindlichen Parteien womöglich gegenseitig rechtzeitig bekanntzugeben hätten, wurde als undurchführbar angesehen. Man hat auch vorgeschlagen, in der Kampfzone selbst geschützte Lager für die am Kampf nicht beteiligten Zivilpersonen einzurichten und zu kennzeichnen, um die Möglichkeit zu haben, sie von einem Luftangriff auszunehmen. Auch die Durchführung einer solchen Maßnahme erschien schließlich nicht möglich.

Entsprechend den Bestimmungen über die Aufbringung von Handelsschiffen im Seekrieg ist der Vorschlag gemacht worden, und zwar auf englische Veranlassung hin, ähnliche Bestimmungen für die Luftstreitkräfte zu erlassen. Die Schwierigkeiten werden aber auf diesem Gebiet nicht geringer sein als sie es schon im Weltkriege bei der Festsetzung der Begriffe über das, was als Konterbande, als absolute, relative usw. Konterbande anzusehen war, gewesen sind. Man hat auch ein Verbot zur Herstellung von Bombenluftfahrzeugen in Erwägung gezogen, ist aber zur Überzeugung gekommen, daß es leicht umgehbar sei. Ein Verbot, Luftfahrzeuge zu Bombenzwecken zu benutzen, wurde zwar für juristisch möglich, wegen der militärischen Bedeutung der Luftwaffe schlechthin aber für praktisch undurchführbar gehalten. Man hat schließlich noch den Vorschlag gemacht, daß jedes Land seine Vorräte an chemischen Stoffen auf seine industriellen Bedürfnisse einschränken solle, daß diese Vorräte international zu prüfen seien und daß die Aufstellung der Gaskampftruppen in Friedenszeiten verboten würde. Auch ist der Vorschlag gemacht worden, jede Übertretung der genannten Verbote von einem Unparteiischen,

Neuer Protest Amerikas gegen Japan.

Die Verletzungen der internationalen Zone.

Amerika hat aufs neue wegen des japanischen Vorgehens in Schanghai Einspruch erhoben. Der erste Einspruch bezieht sich auf die Tatsache, daß 20 japanische Granaten in den Teil der internationalen Niederlassung eingeschlagen sind, der von Seesoldaten der Vereinigten Staaten bewacht wird. Der zweite Einspruch richtet sich dagegen, daß die Japaner die internationale Niederlassung als Stützpunkt für ihre militärischen Operationen benutzen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 17. Februar 1932.

Ein bißchen Frühling.

„Ob gut, ob schlecht das Jahr auch sei, ein bißchen Frühling ist immer dabei", singt ein Dichter. Was hier vom Jahre gesagt wird, kann man ganz gut auch von einem Jahresteilchen sagen — vom Februar nämlich. „Ob gut, ob schlecht der Feber sei, ein bißchen Frühling ist immer dabei!" Das ist nämlich im Februar tatsächlich so. Man darf ihn dann nur nicht „Hornung" nennen, denn „Hornung" deutet auf Härte, Frost und Winter. Als Februar aber hat er entschieden schon etwas, das an erwachende linde Lüfte gemahnt. Trotz Schnee und Eis.

Wir haben gerade in den letzten Tagen einen starken Rückfall in den Winter erlebt, aber in unserer Hoffnung auf den nahenden Frühling sind wir trotzdem nicht irre geworden. Und diese Hoffnung scheint uns nicht getäuscht zu haben. Es ist wieder wärmer geworden und lauer und herzlicher, und wenn wir uns auch keinesfalls auf die Beständigkeit dieses Vorfrühlings verlassen können, so bleibt es trotzdem wahr, daß wir mit immer größeren, immer sichereren Schritten dem Lenz entgegengehen. Trotz Schnee und Eis, die noch kommen könnten! Die immer höher steigende Sonne ist es, die uns diese Sicherheit gibt. Es ist eine Sonne, die nicht nur einfach scheint, sondern auch schon ein bißchen wärmt und täglich ein bißchen mehr. Zurzeit sind wir schon so weit, daß wir zehn Stunden Tageshelle haben, und über ein Weilchen bringen wir es zunächst einmal auf zwölf Stunden, was die Tag- und Nachtgleiche bedeutet, und dann wird allmählich die Winternacht ganz geschlagen, und der Frühling obsiegt auf der ganzen Linie. Und alles das merken wir schon im Februar, selbst wenn wir hier und da noch ein bißchen frieren sollten. Wir brauchen da gar nicht erst das alte Trutzlied gegen den Winter, der „noch so sehr dräut", zu singen, weil das eigentlich kaum noch in den ausklingenden Februar hineinpaßt und mehr ein Lied für den Januar ist. Wie gedacht und gesagt: nach dem Kalender ist auch im Februar bestimmt noch Winter, aber „ein bißchen Frühling ist immer dabei".

—* **Reichsbahn ermäßigt Wagenstandgelder.** Die Deutsche Reichsbahn nimmt vom 1. März 1932 ab eine Herabsetzung der Standgelder für ihre Güterwagen vor. Bei Ueberschreitung der Ladefrist werden künftig erhoben:

für die ersten 24 Stunden wie bisher	2 *RM*
für die zweiten 24 Stunden	3 *RM* (bisher 4 *RM*
für die dritten 24 Stunden	4 *RM* (bisher 6 *RM*
für die vierten 24 Stunden	4 *RM* (bisher 6 *RM*
für jede weiteren 24 Stunden	6 *RM* wie bisher)

Weiter angeregte Ermäßigungen wie Wegfall des Wagenstandgeldes für Sonntags, Einführung verschiedener Sätze für Zeiten des Wagenüberflusses und solche der Wagenknappheit usw. konnten nicht eingeräumt werden.

—* **Vorsicht beim Aufstellen von Räucherschränken!** Zum Räuchern von Fleisch- und Wurstwaren dienen oft, namentlich auf dem Lande, aus Eisenblech hergestellte Räucherschränke, die mit Sägemehl als Feuerungsmaterial beschickt und zur Abführung des Rauches an Schornsteine angeschlossen werden. Solche Schränke sind Feuerstätten, worauf die Vorschriften des § 18 der Bezirks-Baupolizeiverordnungen Anwendung finden. Demgemäß dürfen Räucherschränke nur in solchen Räumen aufgestellt werden, die vermöge ihrer baulichen Beschaffenheit und Lage zu Bedenken wegen Feuersgefahr nicht Anlaß geben. Nicht massiver Fußboden unter ihnen muß gegen Feuersgefahr gesichert sein, von verputztem Holzwerk müssen sie mindestens 25 cm, von freiem Holzwerk mindestens 50 cm entfernt bleiben. Im März v. J. entstand durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften im Landkreis Bielefeld auf dem Dachboden eines Wohnhauses Brand, der glücklicherweise so frühzeitig entdeckt wurde, daß der Abbrand des Gebäudes verhindert werden konnte. Der Fall beschäftigte zunächst das Schöffengericht und dann als Berufungsinstanz die Strafkammer in Bielefeld. Letztere verurteilte den Lieferanten des Räucherschrankes, der auch die Aufstellung besorgt hatte, zu 50 RM Geldstrafe, weil der Schrank im Widerspruch mit der baupolizeilichen Vorschrift unmittelbar an eine unverputzte Fachwand herangerückt worden war. Brandfälle ähnlicher Art sind schon häufiger vorgekommen, deshalb Vorsicht bei der Aufstellung von Räucherschränken!

Halver

—) Halver im Dunkeln. Gestern abend um 7 Uhr versagte plötzlich die elektrische Licht- und Kraftquelle, für eine Viertelstunde lang war der ganze Ort in Dunkel gehüllt. Die Störungsursache konnten wir bis jetzt nicht erfahren.

—:= Die **Vereinigten Turn- und Spielvereine Halver e. V.** hielten am Samstag abend ihre Jahreshauptversammlung im Vereinslokal bei Geschw. Fasbender ab. Der Vorsitzende Turnbr. Fritz Köhler eröffnete und leitete dieselbe. Zunächst wurden einige Aufnahmen der Aufnahmekommission überwiesen. Alsdann erstattete der Vorsitzende seinen Jahresbericht, aus dem ein allgemeines Bild über die Leistungen des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahr sich ergab. Die einzelnen Fachwarte ergänzten durch ihre Berichte das Jahresergebnis, das den Stand des Vereins als ein zufriedenes und fortschreitend sich entwickeltes Bild für die Zukunft ergab. Auch der Kassenbericht war zufriedenstellend. Er ergab, daß durch Sparmaßnahmen es ermöglicht worden war, mit einem erfreulichen, wenn auch bescheidenen Ueberschuß abzuschließen. Dem Kassierer Buchmann wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen und ihm, wie dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt, die von dem Revisor Werland beantragt war. Dann kamen die Wahlen zur Erledigung für diejenigen, die in diesem Jahre ausschieden. Das Ergebnis war folgendes: 2. Vorsitzender Werner Lüsebrink, wiedergewählt; 1. Schriftführer Martin Lausberg, wiedergewählt; Männerturnwart Ernst Höngen, wiedergewählt; Spielwart Hugo Voß, gewählt; Pressewart Hans Behrens, wiedergewählt, Volksturnwart Fritz Bangert lehnt Wiederwahl ab, dafür Joh. Eckhardt einstimmig gewählt. Als Vertreter für den Gauturntag in Hagen wird Köhler und Lausberg bestimmt. Fahnenträger: Klauke, Waldemar Bangert und Thiel: Rechnungsprüfer Werland, Ad. Hevendehl, Walter Lemmer. Alsdann beschließt die Versammlung, den Beitrag auf 5 RM zu senken. Es kommen dann die in Aussicht genommenen Festlichkeiten zur Sprache. Die Uebernahme des Gaufestes wie auch die des Bezirksfestes wird abgelehnt. Die Beratung über das Stiftungsfest wird vertagt und für den Himmelfahrts-Ausflug wird eine Kommission gewählt. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Schalksmühle

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Schlüsselbund. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle geltend zu machen.

Dahlerbrück

—„ **Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Dahlerbrück** fand im Hotel Hencke statt und wurde vom Vorsitzenden Martin Holthaus eröffnet. Der Jahresbericht wurde verlesen. 6 Uebungen wurden abgehalten. Beim Großfeuer (Höll's Scheune auf Linscheid) und bei 2 Waldbränden (Tunnel Muhlerohl und Linscheider Berg im Flaßkamp) wurde die Wehr zur Hilfe gerufen. Es wurde ein befriedigender Kassenbericht gegeben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Weiter wurden Berichte gegeben vom Provinzialfeuerwehrtag in Münster und vom Kreisfeuerwehrverbandsfest in Halver. Der ausscheidende Vorstand wurde einstimmig durch Zuruf wiedergewählt. Als Delegierte zum Provinzial-Feuerwehrverbandsfest nach Dortmund wurden Heini vom Hofe und Hans Beckehoff bestimmt. Als Delegierte zum Kreisfeuerwehrverbandsfest nach Kierspe wurden Paul vom Hofe und Paul Piepenstock gewählt. Die Kassenprüfer vom vorigen Jahr wurden wiedergewählt. Es wurde beschlossen, an dem Volkstrauertag am Kirchgang und der sich anschließenden Feier auf dem Ehrenfriedhof teilzunehmen. Die Wehr zählt heute 52 aktive Mitglieder.

Kierspe

—r **Gefunden.** Auf dem Wege Höferhof—Waldheim wurden eine Anzahl Schraubenschlüssel wahrscheinlich zum Auto gehörig gefunden. Eigentumsansprüche können auf dem Amt Kierspe, Zimmer 2, geltend gemacht werden.

—s **Volkstrauertag.** Die Ausgestaltung des Volkstrauertages ist in der üblichen Weise gedacht. Die verschiedenen Vereine treten vormittags 10¼ Uhr zum gemeinsamen Kirchgange an. Nach dem Gottesdienst versammelt man sich am Kriegerdenkmal zur Gefallenen-Ehrung. Es wird erwartet, daß nicht nur die Vereinsmitglieder sich zahlreich einfinden, sondern daß auch die ganze Bürgerschaft an der Feier teilnimmt.

—! Es wird uns geschrieben: Von interessierter Seite wird dem Bürgermeister in Kierspe falsche Berichterstattung wegen der Schulkinderzahlen in der letzten Gemeinderatssitzung vorgeworfen. Es handelt sich garnicht um die auch der Regierung bekannten jetzigen Schulkinderzahlen. Die Schulaufsichtsbehörde hat vielmehr die mutmaßlichen Zahlen für das neue Schuljahr 1932-33 — also die nach Ostern 1932 — verlangt. Für diese ergeben sich nach der Personenstandsaufnahme 1931 71 Knaben und 92 Mädchen, wenn alle Einwohner des Schulbezirks, wie der Bürgermeister sagte, ihren Personenstandsaufnahmebogen richtig abgegeben haben. Nebenbei hat er erwähnt, daß die von der Schule angegebenen Zahlen nicht ganz stimmten. Ein Nachzählen der Selekta-Kinder müßte nämlich die Angaben der Schulgeldliste bestätigen, daß die Selekta z. Zt. nicht mehr von 49 Kindern besucht wird, wie die Schule mitgeteilt hat. Die Schulkinderzahl kann sich natürlich um die Schüler erhöhen die in der Zeit vom 1. 4. — 30. 6. 1926 geboren sind. Das sind 6 Kinder. Vermutlich wird sich die Zahl der Schüler aber noch geringer stellen als 163, weil ein Teil der auf den Schulbezirk Kierspe entfallenden Selektakinder von 23 nach Ostern 1932 auswärtige Schulen aufsuchen wird.

—) **Vollme.** Die Eheleute Rudolf Karge und Frau, Anna geb. Hamel begehen heute bei bester Gesundheit im Kreise ihrer Kinder und Enkelkinder das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar, von dem der Mann im 73. Lebensjahre steht, die Frau 72 Jahre alt ist, erfreut sich einer seltenen Rüstigkeit. Beide sind seit langen Jahren Bezieher unserer Zeitung und verfolgen die Tagesereignisse mit größtem Interesse; wir gratulieren daher auch an dieser Stelle und wünschen, daß dem Jubelpaare noch ein angenehmer Lebensabend beschieden sein möge.

*

pn **Lüdenscheid.** Schwerer Verkehrsunfall. Der Kaufmann Otto B. aus Wuppertal-Barmen war mit seinem Personenkraftwagen am 25. 11. in Lüdenscheid und besuchte seinen Kunden Ackermann in der Bayernstraße. Als er wieder fortfahren wollte, setzte er seinen Wagen nach rückwärts, bog in die unbebaute, sehr abschüssige Sachsenstraße ein, um zu wenden. An der Mauer des Grundstücks Pütter spielten zwei Kinder, darunter auch der 5½jährige Sohn des Schuhmachers Otto Sensi. Dem B. passierte bei dem Hin und Her des Wagens, daß die Hinterachse brach, die Fußbremse dadurch nicht mehr in das Getriebe fassen konnte. Der Wagen fuhr gegen die Mauer und klemmte den kleinen Sensi zwischen Trittbrett und Mauer. Das Kind brach beide Beine, außerdem hatte es noch schwere Kopfwunden. Das Kind liegt heute noch im Krankenhaus und wird ein verkürztes Bein behalten. Nach Aussagen des Sachverständigen Polizeioberleutnant W. habe der Angeklagte nicht die nötige Vorsicht bei der abschüssigen Straße walten lassen. Das Gericht verurteilte B. wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 80 RM Geldstrafe.

Herscheid. Feuer. Morgens um 10,30 Uhr ertönte die Brandsirene, um die Freiwillige Feuerwehr Hüinghausen zur Hilfeleistung zu rufen. Ein Nebengebäude, unmittelbar an das Wohnhaus des Landwirts Schulte zu Schöttlerei stoßend, stand in Flammen. Schnell war die Mannschaft zur Stelle. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und den Besitzer vor großen Schaden zu bewahren. Allerdings wurde der Dachstuhl des Nebengebäudes mit den darin untergebrachten etwa 20 Zentner Grummet und ebensoviel Roggen vorjähriger Ernte ein Raub der Flammen. Nach etwa zweistündiger Löscharbeit konnte die Wehr unter Zurücklassung einer Wache wieder abrücken.

Hagen. Verpachtung der Elberschen Betriebe. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer vertraulichen Sitzung der Verpachtung der Elberschen Betriebe an die Gesellschaft für Elbersdrucke m. b. H. zu. Das Uebernahmekonsortium besteht aus drei Textilfirmen, u. a. aus dem Werk des Herrn Müller (Oerlinghausen) und dem Textilunternehmen Lohmann in Bielefeld.

Iserlohn. Fast 12 Jahre sind es her, seitdem die hiesige Gegend in Aufregung gehalten wird durch eine **Mordaffäre,** die immer noch der Aufhellung harrt. Zwar sind von der hiesigen Kriminalpolizei und von anderen offiziellen und inoffiziellen Stellen die größten Anstrengungen gemacht, um mit fachmännischen u. laienhaften Untersuchungsmethoden jenen Schleier hinwegzunehmen, der die dunkle Mordtat an dem Gastwirt Aug. Dannenhöfer umkleidet. Zwar hat man seinerzeit mehrere Spuren verfolgt, die sich auf verschiedene Funde stützten, indessen ist ein greifbares Ergebnis noch nicht festzustellen. Neuerdings scheint die Staatsanwaltschaft in Hagen mit allem Eifer daran zu gehen, um unter Mitwirkung der Presse und der Oeffentlichkeit das Verbrechen aufzuklären. Am 8. Mai 1920 wurde gegen 6 Uhr morgens der Gastwirt August Dannenhöfer tot in seinem Bett vorgefunden. Der Ermordete trug in seinem Mund einen Knebel, seine Beine waren mit einem Strick zusammengebunden. An der rechten Backe und unterhalb des Halses zeigte er Kratzwunden. Aus dem Küchenzimmer war eine Scheibe herausgenommen. Das Fenster selbst stand offen. Im Schlafzimmer waren die Kommodenfächer erbrochen und durchwühlt. Auf der Kommode lag ein Messer und ein Brecheisen. Ein zweites Messer lag auf dem Tisch. Vor dem Bett fand man einen Eßlöffel. Bei dieser Mordtat waren Lebensmittel gestohlen, ferner 2 Uhren, 1 vernickeltes Tafelmesser, ein Lodenmantel, 1 Rucksack, 2 Paar Schuhe und 1 verrosteter Revolver. Der Tod war durch Ersticken eingetreten. Nach der Angabe des ärztlichen Obduktionsprotokolls war der Ermordung ein Kampf vorausgegangen. Eine der gestohlenen silbernen Uhren stammte von dem Uhrmacher Münch aus Iserlohn und trug den Namen August Dannenhöfer im Sprungdeckel eingraviert. Diese Uhr wurde am 26. Dez. 1926 in Duisburg im Besitz eines Polizeibeamten gefunden, der sie gekauft hat. Der Voreigentümer war nicht bekannt. Ein ungeklärtes Geheimnis verknüpft sich mit den letzten zwei Reparaturzeichen, deren Urheber man bis jetzt trotz eifriger Nachforschungen nicht entdeckt hat. Sie befinden sich im Sprungdeckel und lauten 16013 I (oder e), ferner 56109 L. Die Verfertiger dieser Zeichen sind bis jetzt noch nicht festgestellt. Es ergeht daher an alle Uhrmacher die dringende Bitte, mitzuhelfen, um den betreffenden Fachmann herauszubekommen, bei dem der Mörder die Uhr in Reparatur gab.

Münster. Siebzigjähriger schlägt zwei Räuber in die Flucht. Aus Legden bei Münster i.W. wird berichtet: Schulze Hauling saß mit dem weiblichen Gesinde am abendlichen Herdfeuer. Plötzlich ging die Tür auf, und es standen zwei vermummte Gestalten, Burschen im Alter von 18 bis 25 Jahren, vor ihnen. Schulze Hauling hatte dem Besuch zunächst keine Beachtung beigemessen. Als dann aber die Eindringlinge riefen: „Geld her, oder wir schießen!", wurde ihm die Situation klar. Während das weibliche Gesinde sofort die Flucht ergriff, griff Schulze Hauling zu der neben ihm liegenden Feuerzange und setzte sich zur Wehr. Einer der Verbrecher gab einen Schuß ab, der aber glücklicherweise den etwa 70jährigen Schulzen nur sehr leicht am rechten Arm und Ohr verletzte. Es entstand jetzt ein regelrechter Kampf zwischen den Räubern und dem alten Schulzen. Bei diesem Handgemenge, wobei die Feuerzange gute Arbeit leistete, fielen noch etwa fünf Schüsse, die aber alle ihr Ziel verfehlten. Schließlich sahen die Verbrecher ein, daß sie den Kampf verloren hatten und suchten eiligst das Weite. Im nahe gelegenen Walde hatten sie ihre Räder bereitgestellt, womit sie leider in der Dunkelheit entkamen.

Münster. Am Sonntagnachmittag gegen 5 Uhr wurde eine Gruppe von 24 jungen Nationalsozialisten, die einen Ausflug gemacht hatten und sich auf dem Rückwege nach Münster befand, zwischen Hiltrup und Amelsbüren von etwa 50 Kommunisten überfallen und mißhandelt. Der nationalsozialistische Student Graf Rudolf von Westfalen wurde dabei durch einen Stich in den Oberarm und einen Stich in die rechte Schulter so schwer verletzt, daß er in die Universitätsklinik transportiert werden mußte. Ein weiterer Nationalsozialist, ein Kraftfahrer, wurde gleichfalls durch einen Stich in den Oberarm erheblich verletzt. Die Kommunisten, die von dem Stadtverordneten Albrecht aus Münster geführt wurden, befanden sich auf dem Wege zu einer kommunistischen Versammlung in Amelsbüren. Die Polizei veranlaßte die Auflösung der Versammlung und nahm drei Kommunisten, darunter den Stadtverordneten Steiner, fest.

Bielstein. Einem tragischen Unglücksfall fiel der 70jährige Dachdecker Karl Moog zum Opfer, der, nachdem er seinen Lieferwagen voll Schiefer geladen hatte, oben stehend Platz nahm und dann durch eine Erschütterung herausfiel, wobei er so stark auf die Straße aufschlug, daß der Tod sofort eintrat.

Thale. Felsrutsche im Bodetal. Auf der Roßtrappenseite haben sich in den jüngsten Tagen zwischen der „Königsgrube" und der „Schnurre" Gesteinsmassen von den Felsen losgelöst und bei ihrem Sturz zu Tal erheblichen Schaden angerichtet. Bäume wurden wie Streichhölzer geknickt und ein eisernes Schutzgeländer glatt durchgeschlagen.

Seelze. Tödliche Schüsse aus Irrtum. In einem Hause an der Ulmenstraße hier wohnen ein etwa 44jähriger Schmied Heinrich Rasch und der Schenkwirt Wilhelm A. zur Miete. Als der Schmied gegen Morgen heimkam und fest an der verschlossenen Haustür rüttelte, wurde der Wirt durch das Geräusch geweckt und gab in dem Glauben, Einbrecher vor sich zu haben, auf den Draußenstehenden zwei Schüsse ab und tötete den Schmied, der verheiratet und Vater von zwei Töchtern im Alter von 14 und 19 Jahren ist. Die Mordkommission aus Hannover nahm den Tatbestand auf. Der Täter wurde verhaftet.

Celle. Kommunistenüberfall auf Nationalsozialisten. Als etwa 20 Nationalsozialisten nachts von einer auswärtigen Versammlung hierher zurückkehrten, wurden sie auf dem Nachhausewege bei der Blumläger Kirche von den Scheinwerfern eines Autos angeleuchtet, das vor dem Hauptquartier der Kommunisten, dem Gasthof zum „Schwarzen Bären", stand. Plötzlich erlosch jedoch das Licht und aus dem St. Georgs-Block und dem Blumläger Friedhof drangen etwa 50 bis 60 Mann auf die NSDAP.-Leute ein. Während es den an der Spitze marschierenden Nationalsozialisten gelang, zu entkommen, wurde ein Teil von ihnen von den Kommunisten eingekreist und mit Zaunlatten bearbeitet. Ein SA.-Mann sank unter den Schlägen bewußtlos zu Boden, wurde jedoch von den Angreifern wieder hochgerissen und weiter mißhandelt. Die Nationalsozialisten konnten sich schließlich ihres schwerverletzten Kameraden, der, wie sich später herausstellte, eine Gehirnerschütterung, Quetschungen und Nierenverletzungen erlitten hatte, annehmen. Als man ihn in die nächste Wohnung im St. Georgs-Block schaffen wollte, verweigerten die Bewohner aus Angst vor den Kommunisten ihre Hilfe.

Nah und Fern

○ **Ein Polizeistreifenwagen von Kommunisten beschossen.** In Hamburg hatten sich in der Nacht vor einem kommunistischen Verkehrslokal etwa 150 Kommunisten angesammelt und Passanten belästigt. Ein mit Ordnungspolizisten besetzter Streifenwagen wurde von den Kommunisten beschossen. Dabei erhielt ein Polizeiwachtmeister einen schweren Schulterschuß. Fünf Kommunisten wurden festgenommen; bei zweien wurden Revolver gefunden.

⊙ **Als Priester maskierte spanische Arbeiter überfallen.** In Arjowille in der spanischen Provinz Jaen wurde eine Gruppe von Arbeitern, die sich als Priester maskiert hatten, von Republikanern, die die Masken für echt hielten, angegriffen. Es entwickelte sich eine größere Schießerei, wobei neun Personen verwundet wurden. Die Polizei machte dem Kampfe ein Ende.

⊙ **Brandkatastrophe in Kanada.** In der Hauptstraße von Alexandria (Kanada) ist eine ganze Häuserreihe durch einen Brand zerstört worden. Das Feuer, das eine Zeitlang drohte, sich auf die ganze Stadt auszudehnen, konnte nach stundenlangem Bemühen gelöscht werden.

○ **Grausiger Leichenfund. Bei Magdeburg fanden Spaziergänger an der Elbe einen Sack, in dem sich die Leiche eines vier- bis fünfjährigen Knaben befand. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Verbrechen vorliegt, da äußere Verletzungen nicht festzustellen waren und es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß Eltern ihre verstorbenen Kinder auf ähnliche Weise beseitigt haben, da sie die Kosten für die Beerdigung nicht aufbringen konnten.**

⊙ **Die Untersuchung des Eisenbahnattentats bei Marseille.** Die Untersuchung des Eisenbahnattentats bei Marseille hat einwandfrei ergeben, daß es sich um zwei Bomben von außerordentlicher Explosivkraft handelte. Von den Tätern fehlt vorläufig noch jede Spur; doch neigt man immer mehr zu der Ansicht, daß ein Anschlag internationaler Terroristen vorliegen dürfte.

⊙ **Dreifacher Mord im Kaffeehause.** In einem der größten Cafés am Montmartre in Paris sind drei Argentinier nach einem erregten Wortwechsel durch einen Landsmann erschossen worden. Während eine ungeheure Panik ausbrach, machte der Mörder den Versuch, mit einem großen Satz zur Tür zu kommen, doch gelang es ihm nicht, das Freie zu gewinnen. Mehrere Kaffeehausbesucher setzten ihm nach und überwältigten ihn. Der Mann, der sich Fernandez nannte, behauptet, daß ihm die drei Landsleute vor zwei Jahren in Argentinien 4000 Pesos gestohlen hätten, und daß er sie bis nach Europa verfolgt habe. Die Polizei glaubt, daß man es bei den vier Argentiniern mit Mädchenhändlern oder Spielern zu tun habe.

⊙ **Der Orzegower Grubenbrand wütet weiter.** Der Grubenbrand im Stollbergschacht in Orzegow in Ostoberschlesien dauert weiter an. Von Zeit zu Zeit steigen aus den geschlossenen Schachtluken Rauchschwaden auf. Eine Rettungskolonne begab sich aus einem anderen Schacht in die Nähe der Brandstelle, um festzustellen, wie weit das Feuer um sich gegriffen hat. Gleichzeitig hat die Kolonne Maßnahmen getroffen, um ein Übergreifen des Brandes auf andere Schächte zu verhüten.

⊙ **Das verbrannte „Große Los".** Bei der letzten Ziehung einer Prager Lotterie entfiel der Hauptgewinn von einer Million Tschechenkronen (125 000 Mark) auf ein Los, das ein Pilsner Nachtwächter gekauft hatte. Der unglückliche Gewinner kann vorläufig das Geld nicht erheben, denn seine Frau hat das Los beim Umzug vor einigen Tagen mit anderen Papieren verbrannt.

Zwei Arbeiter tödlich verunglückt.

Unter Erdmassen begraben.

Auf der Northeimer Zuckerfabrik ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, der den Tod zweier Arbeiter zur Folge hatte. Die beiden Erwerbslosen Busch und Schulze aus Moringen waren mit dem Aufladen von Rübenerde beschäftigt, als sich ein großer Teil der etwa zwei Meter hohen und noch gefrorenen Wand löste und beide Arbeiter unter sich begrub. Die Verunglückten konnten trotz sofortiger Hilfe nur als Leichen aus den Erdmassen, die sie erdrückt hatten, geborgen werden. Dem einen der Verunglückten waren das Rückgrat und mehrere Rippen gebrochen, auch die Leiche des zweiten Arbeiters zeigte schwere Knochenbrüche und innere Verletzungen.

Vor dem Zusammenbruch des Kreises Holzminden.

Notruf an die Regierung.

Die immer stärker werdende Arbeitslosigkeit im Kreise Holzminden hat sich auf die Finanzlage der Gemeinden des Kreises und auf die Kreisfinanzen selbst auf das ungünstigste ausgewirkt. Der Kreis steht heute vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der Kreisausschuß hat daher als Hilferuf an die braunschweigische Staatsregierung eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Gemeinden im Kreise Holzminden, den der Kreisausschuß Holzminden wiederholt vorausgesagt hat, beginnt. Die Wohlfahrtslast wird binnen kurzem die meisten Gemeinden und den Kreis selbst erdrücken. Durch den dem Landtag vorgelegten neuen Staatshaushaltsplan werden Mittel zur Arbeitsbeschaffung nicht flüssig gemacht. Kredite sind nicht zu bekommen. Wir bitten Staatsministerium und Landtag, zur Bekämpfung der Wohlfahrtserwerbslosenlast mehr Mittel im Staatshaushaltsplan einzustellen oder dem Kreis und den Gemeinden einen Weg zu zeigen, wie der Zusammenbruch abgewehrt werden soll."

Verleitung zur Brandstiftung bei einem Lastzuge.

Ein Ehepaar und drei Chauffeure festgenommen.

Wegen dringenden Verdachts, zwei mit Margarine beladene Lastzüge auf der Landstraße in der Nähe von Lüneburg in betrügerischer Absicht in Brand gesetzt zu haben, wurden von der Kriminalpolizei in Hannover ein Spediteur und dessen Ehefrau, sowie drei in seinem Dienst stehende Chauffeure vorläufig festgenommen. Dem Spediteur sowie seiner Ehefrau wird zur Last gelegt, ihre Chauffeure zur Tat angestiftet zu haben. Der entstandene Schaden ist bedeutend. Sämtliche Beschuldigte sind in das Gerichtsgefängnis Hannover eingeliefert.

Ein Landwirt erschossen.

Der Täter unerkannt entkommen.

In Rehmerloh, so wird aus Bünde i. W. gemeldet, wurde der 70jährige Landwirt H. Obersundermeyer abends in seiner Wohnung von einem unbekannten Manne erschossen. Der Täter erschien mit einer Doppelflinte an der Küchentür und forderte die in der Küche Anwesenden auf, in die auf der gegenüberliegenden Seite der Tenne liegende Stube zu kommen, da er ihnen etwas zu erzählen habe. Obersundermeyer befand sich bereits in dieser Stube und der Sohn und ein Landwirtschaftsgehilfe folgten der Aufforderung. Plötzlich schoß der Unbekannte auf Obersundermeyer und tötete ihn durch einen Herzschuß. In der allgemeinen Aufregung gelang es dem Täter, zu entkommen. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt.

Vor einem Bierstreik in Hannover.

Der Verein hannoverscher Wirte hielt eine Versammlung ab, in der dargelegt wurde, in welch außergewöhnlichem Maße das Gaststättengewerbe in Hannover zu leiden habe. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Falls Verhandlungen nicht volles Ergebnis bringen, fordern wir vom Deutschen Gastwirtsverband die sofortige Proklamation des Bierstreiks für das ganze Reich, da wir sonst nicht vor örtlichem Vorgehen zurückschrecken."

700 Forellen durch Starkstrom getötet.

Eine Starkstromleitung gerissen.

Einen schweren Verlust, so wird aus Salzuflen gemeldet, erlitt der Gutsbesitzer v. Lengerke auf Steinbeck in einer Forellen-Zuchtanstalt. Eine über die Teiche führende Starkstromleitung riß und ihr noch stromführender Teil fiel in einen mit ca. 1000 verkaufsreifen Forellen besetzten Teich. Etwa 700 Forellen wurden durch den elektrischen Strom getötet.

Wieder Börse.

Aber ohne amtliche Börsenkurse.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat den Börsenvorständen mitgeteilt, daß er mit der Abhaltung von Versammlungen der Wertpapierbörse nunmehr einverstanden sei. Dabei soll jedoch zunächst von amtlichen Kursfeststellungen abgesehen werden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 16. Februar.

Die Nationalsozialisten erscheinen im Reichstag.

Berlin. Wie der Angriff mitteilt, wird die Fraktion der NSDAP. am 23. des Monats geschlossen an der Sitzung des Reichstags teilnehmen und weiterhin so lange, als es ihr zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint.

Vorbereitungen zum Hamburger Lichtstreik.

Hamburg. Die Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels fordert ihre Mitglieder auf, alle Vorbereitungen zu treffen, um am 25. Februar mit einem allgemeinen Lichtstreik in Hamburg zu beginnen. Der Vorschlag des Einzelhandels geht dahin, am 25. Februar jede Außenbeleuchtung der Geschäfte einzustellen und möglichst auch den sonstigen Lichtverbrauch auf ein Viertel herabzusetzen.

Der preußische Haushaltsplan erst Mitte März.

Berlin. Der Ältestenrat des Preußischen Landtags beschloß den gegenwärtigen Vollsitzungsabschnitt am Donnerstag zu beenden. Die nächste Landtagstagung soll am 1. März beginnen. Die erste Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1932 kann erst in dem übernächsten Vollsitzungsabschnitt des Landtages, dessen Beginn für den 14. März in Aussicht genommen ist, vorgenommen werden.

Aachener Steinkohlenbergbau von Beitragspflicht befreit.

Berlin. Durch Verordnung der Reichsregierung sind nunmehr auch die im Aachener Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Angestellten und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Januar bis zum 31. März 1932 von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden.

Frankreich baut Zusatzzölle ab.

London. Bei der Ankündigung der Aufhebung des französischen Zusatzzolles von 15 Prozent auf englische Kohle teilte Handelsminister Runciman im Unterhause noch mit, daß die Frage der Anwendung dieses Zusatzzolles auf andere Waren der Gegenstand weiterer Erwägungen sein werde.

Deutsche Studentenschaft gegen die polnischen Drohungen.

Danzig. Auf einer Protestkundgebung der deutschen Studentenschaft Danzigs gegen die Drohungen amtlicher polnischer Vertreter auf einem Stiftungsfest der polnischen Studentenverbindung „Bratnia Pomoc" wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß jeder Versuch einer Vergewaltigung des deutschen Danzigs auf den Widerstand der zum Äußersten entschlossenen deutschen Studenten stoßen wird.

Blutige Zusammenstöße in Indien.

Bombay. In Tarapur wurden bei einem schweren Zusammenstoß zwischen der Polizei und Kongreßanhängern acht Inder getötet und fünf schwer verwundet. Auf Regierungsseite wurden der Polizeichef und 24 Polizeibeamte verwundet. Die Inder stürmten das Polizeigebäude in Tarapur. Die Lage wurde so gefährlich, daß die Polizisten das Feuer eröffneten, worauf sich die Menge zerstreute. Unter den Getöteten befinden sich auch zwei Kongreßführer.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bürgerschaft Oberbrügge-Ehringhausen.

Volkstrauertag, Sonntag, den 21. Febr. nachmittags 3 Uhr unter der Ehrentafel im Wilkeschen Saale in Ehringhausen

Gedenkfeier.

Zu der Feier wird die gesamte Bürgerschaft herzlich eingeladen.

Die Gedächnisrede hält Herr Pfarrer Stommel

Zigarrengeschäft

in guter Lage mit 3 Zimmer-Wohnung, Nähe Dortmunds, volle Existenz, sofort preiswert zu verkaufen.

Angebote unter P 173 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Suchen Sie Geld?

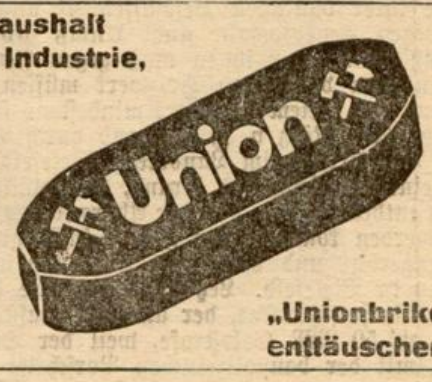
wie 1. 2. Hyp., Betriebsg. usw.,? kostenl. Auskunft d. Otto Neumann, Oberhof, Post Kierspe, Kr. Altena, Anfr. Rückp.

Billige Seefisch-Sonderwoche!

Kopfloser blutfrischer Schellfisch und Kabliau	Pfd.	23 Pfg.
Feinster Fischfilet	„	35 Pfg.
Grüne Heringe	„	13 Pfg.

Otto Weber, Halver.

Ob Haushalt oder Industrie,



„Unionbriketts" enttäuschen nie!



F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z"

Name u. Ort: _____

Straße: _____

Sämtliche **Schul-artikel** für Volks- u. Rektoratschulen

Buchhandlung **Wilh. Bell jr. Halver**

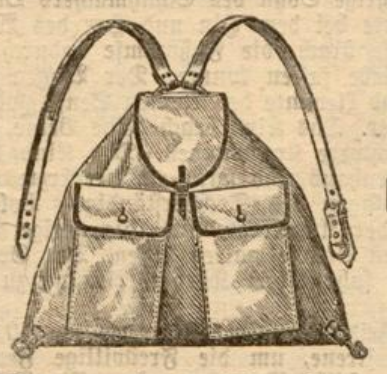
Wollen Sie gut bedient sein dann besuchen Sie **Salon Schotten, Kierspe**

Dauernd Samstags eine **perf. Friseuse,**

Notverkauf!

Ia. Anzugsstoff blau Woll-Wollkammgarn ab Fabr. m 7.80

Gera, Postfach, 167.



Rucksäcke

in allen Größen und Preislagen empfiehlt:

Wilh. Bell jr.,

Telefon 42 **Halver.** Kirchstr. 5

Inserieren bringt Gewinn!

